



GZ: ABT13-89203/2021-16

Ggst.: lt. Verteiler, Wasserversorgungsanlage Wassergenossenschaft
Greisdorf - Zone 1, 8511 St. Stefan ob Stainz, St. Stefan 21,
Überprüfungsverfahren, Quellenfassung Fallegg und
Sichartsberg, Kundmachung

Kundmachung

Am 29.04.2020 hat die Ingenos ZT GmbH im Namen der Wassergenossenschaft Greisdorf-Zone 1 die Bauvollendung der mit dem Bescheid des Landeshauptmannes von Steiermark vom 03.11.2004 GZ: ABT13-33.10 G 24-04/51 wasserrechtlich bewilligten Anlage angezeigt und gleichzeitig die nachträgliche Bewilligung der Änderungen beantragt.

Im Zuge der Ortsverhandlung am 30.03.2023 wurde festgehalten, dass zur wasserrechtlichen Kollaudierung ergänzende Unterlagen zur Ausführung der Quellfassungen, zu den Schüttungsmessungen und Wasseruntersuchungsbefunden vorzulegen sind. Ebenso wurde festgelegt, dass für die Hohlquellen, die Vormaiерquellen und die Derlerquelle ein Schutzgebieten vorschlag bis zum 31.12.2023 zu erstellen ist.

Mit Eingaben vom 25.04.2023 sowie vom 06.02.2024 wurden die geforderten Ergänzungsunterlagen nachgereicht und ein Vorschlag zur Ausweisung von Quellenschutzgebieten, betreffend die Grundstücke Nr. 870/2, 1492/1, 1713/1, 1722/14 alle KG Greisdorf, vorgelegt.

Zur Erteilung der nachträglichen Bewilligung mitsamt Überprüfung und Anpassung der Quellenschutzgebiete wird die örtliche Erhebung und mündliche Verhandlung für

Donnerstag, den 28. März 2024

mit dem Zusammentritt **beim Gemeindeamt der Gemeinde St. Stefan ob Stainz, 8511 St. Stefan ob Stainz 21**

um 9:00 Uhr

anberaumt.

Rechtsgrundlagen:

- §§ 40 bis 44 Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 – AVG, BGBl. Nr. 51, zuletzt in der Fassung BGBl. I Nr. 58/2018
- §§ 9 Abs. 2, 34 Abs. 1, 99 Abs. 1 lit. c, 107 und 121 Wasserrechtsgesetz 1959 – WRG 1959, BGBl. Nr. 215/1959, zuletzt in der Fassung BGBl. I Nr. 73/2018

Verfahrensleiterin ist Mag. Elisabeth Forenbacher

Wasserbautechnische Amtssachverständiger ist Dipl.-Ing. Claudia Ferstl

Hydrogeologischer Amtssachverständiger ist Mag. Peter Reichl

Bitte beachten Sie!

Einwendungen müssen spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung bei der Wasserrechtsbehörde (Amt der Stmk. Landesregierung, Abteilung 13, Stempfergasse 7, 8010 Graz, E-Mail: abteilung13@stmk.gv.at) schriftlich während der Amtsstunden (Montag – Donnerstag von 08:00 bis 15:00 Uhr, Freitag von 8:00 – 12:30 Uhr) eintreffen oder während der Verhandlung mündlich vorgebracht werden. Verspätete Einwendungen können nicht berücksichtigt werden. Unterlassene und verspätete Einwendungen haben den Verlust der Parteistellung zur Folge.

Wenn Sie jedoch durch ein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis verhindert waren, rechtzeitig Einwendungen zu erheben und Sie kein Verschulden oder nur ein milderer Grad des Versehens trifft, können Sie binnen zwei Wochen nach Wegfall des Hindernisses, das Sie an der Erhebung von Einwendungen gehindert hat, jedoch spätestens bis zum Zeitpunkt der rechtskräftigen Entscheidung der Sache, bei uns Einwendungen erheben. Diese Einwendungen gelten dann als rechtzeitig erhoben. Bitte beachten Sie, dass eine längere Ortsabwesenheit kein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis darstellt.

Bei geringfügigen Grundinanspruchnahmen durch geänderte Leitungsführungen (während der Bauzeit) werden die erforderlichen Dienstbarkeiten des Leitungsrechtes eingeräumt, sofern nicht Einwendungen erhoben werden.

An der Verhandlung teilnehmende Vertreter beteiligter Stellen oder Personen haben sich rechtzeitig mit den erforderlichen Weisungen und Ermächtigungen zu versehen, um bindende Erklärungen bei der mündlichen Verhandlung abgeben zu können. Etwaige Vorbehalte hinsichtlich nachträglicher Erklärungen können gemäß den oben angeführten Bestimmungen nicht berücksichtigt werden. Eine schriftliche Vollmacht ist nicht erforderlich,

- wenn Sie sich durch eine zur berufsmäßigen Parteienvertretung befugte Person (z.B. einen Rechtsanwalt/eine Rechtsanwältin, einen Notar/eine Notarin, einen Wirtschaftstreuhänder/eine Wirtschaftstreuhänderin oder einen Ziviltechniker/eine Ziviltechnikerin) vertreten lassen,
- wenn Sie sich durch uns bekannte Angehörige (§ 36a des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 – AVG), Haushaltsangehörige, Angestellte oder durch uns bekannte Funktionäre/Funktionärinnen von Organisationen vertreten lassen und kein Zweifel an deren Vertretungsbefugnis besteht oder
- wenn Sie gemeinsam mit Ihrem/Ihrer Bevollmächtigten zur Verhandlung kommen.

Die Parteien und sonstigen Beteiligten werden eingeladen, sofern sie etwas zum Verfahrensgegenstand der Überprüfung bereits fertiggestellter Anlagenteile vorzubringen beabsichtigen, bei der Verhandlung zu erscheinen.

Für den Landeshauptmann
Die Abteilungsleiterin-Stellvertreterin i.V.

Mag. Elisabeth Kladiva
(elektronisch gefertigt)